

Jürgen Dittberner

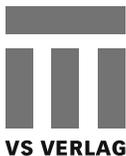
Die FDP

Jürgen Dittberner

Die FDP

Geschichte, Personen,
Organisation, Perspektiven.
Eine Einführung

2., überarbeitete
und aktualisierte Auflage



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2005
- 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Umschlagbild: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-531-17494-5

Inhalt

Vorwort	9
Vorwort zur 2. Auflage	12
1 Die FDP im deutschen Parteiensystem	13
1.1 Liberalismus und aktuelle Zielsetzungen	16
1.2 Die FDP und die anderen Parteien	21
2 Phasen	28
2.1 Gründung – eine regionale Umschau	28
2.2 Die Naumann-Affäre	35
2.3 Der Saar-Konflikt und die Abspaltung	38
2.4 Zum ersten Mal in der Opposition	40
2.5 Mit dem Umfall in die Koalition	42
2.6 Auf dem Wege zur SPD	44
2.7 Die sozial-liberale Phase	45
2.8 Der Bruch mit der SPD	48
2.9 Die Wende zurück zur Union	55
2.10 Von der Wende zur Wiedervereinigung	59
2.11 Im Tal der Tränen	67
2.12 Zwei Mitgliederentscheide	72
2.13 „Haiderisierungen“ und „Projekt absolute Mehrheit“	74
2.14 Verlorene Jahre 1990 bis 1998	83
2.15 Paradigmenwechsel 1998	85
2.16 Ratlos in Berlin	87
2.17 Rechtspopulismus statt Liberalismus?	93
2.18 Neue Chance nach 2002	98
2.19 Nach Möllemann	99
2.20 Schicksalsjahr 2004?	111
2.21 2005: Vorgezogene Bundestagswahlen	114
2.22 Der Weg zurück in die Bundesregierung	121
3 Die FDP in der Region: Der Fall Berlin und die FDP Hessen	129
3.1 Von der LDP Berlin zur FDP Berlin	131
3.2 Triumph und Niedergang	136
3.3 Die Ära Borm	138
3.4 Gründung und Zerfall der sozial-liberalen Koalition	141
3.5 Der Schwenk zur CDU	144
3.6 Die Wiedervereinigung als Rettung	148

3.7	Nach der „Figaro-Affäre“ wieder Splitterpartei	149
3.8	Aus dem Jammertal	155
3.9	Mühsal in der Opposition	161
3.10	Anmerkungen über die FDP Hessen	165
4	Organisation	170
4.1	Mitglieder	174
4.2	Fachausschüsse und Kommissionen	178
4.3	Die Bundesgeschäftsstelle und Umfeld	180
4.4	„Judos“, „Julis“ und Studentisches	191
4.5	Die Zeitschrift „liberal“	195
4.6	Die Friedrich-Naumann-Stiftung	196
4.7	Die FDP im Internet	201
4.8	Die Finanzen	203
4.9	Die Bundestagsfraktion	207
4.10	Selbsteinschätzungen aus der FDP-Bundestagsfraktion	215
4.11	Sozialstruktur der FDP-Bundestagsfraktionen von 1990 bis 2004	224
4.12	Informelle Gruppierungen	228
5	Amtsträger der FDP	233
5.1	„Einfache“ Mitglieder und Amtsträger an der Basis	233
5.2	Parteiführer	241
6	Annäherungen und Abspaltungen	248
6.1	Die Bürgerkoalition	249
6.2	Das sozial-liberale Bündnis	254
6.3	Linksliberale Abspaltungen und liberal-konservative Renaissance	260
6.4	Orientierungssuche in der Opposition	267
6.5	Klientelismus in der Regierung?	274
7	Die FDP als Programmpartei	277
7.1	Wirtschaft und Soziales	278
7.2	Freiheit und Nation	284
7.3	Rechtsstaat	288
7.4	Auf dem Wege zu einem neuen Grundsatzprogramm	294
8	FDP – Partei des organisierten Liberalismus?	297
8.1	Zwischen Funktions-, Medien- und Klientelpartei	297
8.2	Liberaler Ziele	299
8.3	„Die Liberalen“	300
8.4	Perspektiven	302
9	Kurzbiografien	314
10	Literatur	336

Tabellenverzeichnis

<i>Tab. 1:</i>	Mitgliederentwicklung der FDP 1987 bis 1998 (in Tausend)	66
<i>Tab. 2:</i>	Bundestagswahlergebnisse zum 12. Deutschen Bundestag 2.12.1990.....	67
<i>Tab. 3:</i>	Ergebnis der Bundestagswahl 1998	86
<i>Tab. 4:</i>	Bundestags- und Landtagswahlergebnisse der FDP 1990 bis 2004 (in %)	89
<i>Tab. 5:</i>	Bundestagswahl 2005.....	118
<i>Tab. 6:</i>	Wahlergebnisse der FDP zwischen 2005 und 2009 (ohne Bundestag)	122
<i>Tab. 7:</i>	Die Ergebnisse zu Stadtverordnetenversammlung (1946, 1948) und Abgeordnetenhaus für die LDP, ab 1949 FDP in %.....	130
<i>Tab. 8:</i>	Aus- und Eintritte bei der Berliner FDP 1981 - 1983	146
<i>Tab. 9:</i>	Mitglieder der Berliner FDP 2002/2003	160
<i>Tab. 10:</i>	Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahlen 2006 in %	163
<i>Tab. 11:</i>	Die Landesvorsitzenden der FDP Hessen seit 1945	166
<i>Tab. 12:</i>	Die Bundesparteitage der FDP.....	170
<i>Tab. 13:</i>	Die Außerordentlichen Bundesparteitage der FDP.....	172
<i>Tab. 14:</i>	Die Bundesvorsitzenden der FDP bis 2010	173
<i>Tab. 15:</i>	Die Generalsekretäre der FDP bis 2010.....	174
<i>Tab. 16:</i>	Mitgliederzahlen der Parteien 1968 - 2009.....	175
<i>Tab. 17:</i>	Mitglieder der FDP nach Landesverbänden 1999 bis 2009.....	176
<i>Tab. 18:</i>	Berufsgruppenzugehörigkeit der Mitglieder der Bundestagsparteien 1994 (in %).....	176
<i>Tab. 19:</i>	Frauenanteil bei den Parteimitgliedern 1996 bis 2002 in %	177
<i>Tab. 20:</i>	Parteimitglieder 2000 - 2002 nach Alter in %	177
<i>Tab. 21:</i>	Die Bundesfachausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen der FDP im Juli 2009.....	178
<i>Tab. 22:</i>	Die Mitglieder der Jungen Liberalen am 26. Juni 2003 nach Alter und Geschlecht	192
<i>Tab. 23:</i>	Mitglieder der Jungen Liberalen am 26. Juni 2003 nach Landesverbänden.....	193
<i>Tab. 24:</i>	Die Vorstandsvorsitzenden der FNS.....	199
<i>Tab. 25:</i>	Gesamtübersicht aller im Haushaltsjahr 2002 erwarteten Einnahmen und Ausgaben der FNS und Gesamtübersicht 2009	200
<i>Tab. 26:</i>	Gesamtübersicht aller im Haushaltsjahr 2009 zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	201
<i>Tab. 27:</i>	Offizielle monatliche Mitgliedsbeiträge bei der FDP nach § 8 der Finanzordnung (beschlossen 2002).....	203
<i>Tab. 28:</i>	Einnahmen und Ausgaben der FDP 2001	204
<i>Tab. 29:</i>	Rechenschaftsbericht der FDP 2007	205
<i>Tab. 30:</i>	Die Fraktionen des 17. Deutschen Bundestages (ab 2009).....	208
<i>Tab. 31:</i>	Altersstruktur der FDP-Bundestagsfraktion in der 15. Wahlperiode.....	216
<i>Tab. 32:</i>	Anzahl der FDP-Abgeordneten im 15. Deutschen Bundestag nach Bundesländern	220
<i>Tab. 33:</i>	Anteil der Neulinge in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt (in %).....	224

<i>Tab. 34:</i>	Verweildauer in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt in der 15. Wahlperiode (in % der jeweiligen Grundgesamtheit)	225
<i>Tab. 35:</i>	Anteil der Frauen in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt (in %).....	225
<i>Tab. 36:</i>	Anteile der Abgeordneten aus den neuen und den alten Ländern in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt (in %)	226
<i>Tab. 37:</i>	Konfessionen der Abgeordneten in der FDP-Fraktion und im 15. Bundestag insgesamt nach deren Angaben (in %).....	226
<i>Tab. 38:</i>	Dauer der Parteimitgliedschaften der FDP-Abgeordneten	227
<i>Tab. 39:</i>	Verteilung von Vorstandspositionen in den FDP-Fraktionen nach Landesverbänden.....	227
<i>Tab. 40:</i>	Verteilung von Arbeitskreisvorsitzen in den FDP-Fraktionen nach Landesverbänden (AK= Arbeitskreis)	228
<i>Tab. 41:</i>	Wahlbeteiligungen und -ergebnisse der LD im Vergleich zur FDP 1983 - 1985 (Ergebnisse in %).....	265

Übersichtsverzeichnis

<i>Übersicht 1:</i>	Aktive und passive Mitglieder des Bezirksverbandes Charlottenburg-Wilmersdorf der FDP 2003.....	238
<i>Übersicht 2</i>	Berufsstruktur der BVV-Fraktion der FDP in Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahre 2003	239
<i>Übersicht 3:</i>	Sachmittel der bezirklichen Fraktionen 2002.....	240
<i>Übersicht 4:</i>	Haushalt 2003 der FDP-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf in €	240

Vorwort

„He speelt mit de Groden,
over holt mit de Lütjen!“
(Theodor Tantzen¹)

Beim freisinnigen Ministerpräsidenten von Oldenburg, *Theodor Tantzen*, war wie bei vielen Liberalen seiner Generation das Verantwortungsgefühl für „de Lütjen“ erkennbar und glaubwürdig. Welchem FDP-Politiker aus dem Jahre 2004 würde man es abnehmen, behauptete er, dass er mit den Großen umginge, um zu den Kleinen zu halten?

Das zeigt, wie weit sich der organisierte Liberalismus in der Bundesrepublik von seinen Ursprüngen entfernt hat. Es stimmt nicht, dass es kein liberales Milieu mehr gäbe. Dieses hat sich gewandelt, vom alten Mittelstand zu szenenverhafteten neuen Mittelschichten. Die FDP hat – in der Ära Kohl als Funktions- und danach in der Opposition als Medienpartei – das moderne liberale Milieu aus den Augen verloren und Platz gemacht für die Grünen. Das Eigeninteresse der FDP-Organisation an ihrer Fortexistenz wurde zum Maßstab des Handelns. Als die Organisation bei der Bundestagswahl 2002 weit hinter ihren Ambitionen blieb, wurde alles *Jürgen W. Möllemann* als „Sündenbock“ angelastet. Nach dessen Tod kehrte in der Parteiführung um *Guido Westerwelle* Ernüchterung ein. Und als die Traumatisierung abgeklungen war, wurden erste Versuche, sich im liberalen Milieu wieder festzumachen, gewagt.

Es ist offen, ob der FDP eine liberale Renaissance gelingt: Möglich ist es, wenn auch nicht wahrscheinlich. In der Partei wächst zwar der Wille zur Regeneration. Nach aller Erfahrung aber wird die FDP, sobald sie im Bund erneut Regierungspartei sein sollte, wieder Funktionspartei werden. Da in der Politik jedoch gelegentlich Unwahrscheinliches geschieht, ist es mehr als *l'art pour l'art*, die Chancen der FDP für eine liberale Renaissance zu erkunden.

Spannend ist es allemal, nachzuzeichnen, welchen Weg die FDP gegangen ist. Spannend ist es, zu erörtern, welche Bedingungen gegeben sein müssten, damit die FDP zu den liberalen Wurzeln zurückkehren und Antworten auf die politischen Fragen des beginnenden 21. Jahrhunderts formulieren kann. Diese Spannung zu vermitteln ist das Anliegen des liberalen Politikwissenschaftlers² als Autor des vorliegenden Buches.

Immer wieder ist die Rede davon, dass der Liberalismus jeweils zeitgemäß operationalisiert werden müsse. Da mag es hilfreich sein, „Liberalismus“ zu definieren. Hier wird Liberalismus verstanden als politischer Wille zur Freiheit. Zur Freiheit gehören Menschenwürde, Wissen und materielles Auskommen. Menschenrechte, Bildung und Marktwirtschaft sind gleichwertige Ziele des Liberalismus. Weil Freiheit erst vollendet ist, wenn

¹ „Er spielt mit den Großen, aber hält mit den Kleinen!“ So *Theodor Tantzen* (1877 bis 1947), zitiert nach Eilert Tantzen, Verwahrer des Familienarchivs Tantzen. *Theodor Tantzen* war von 1919 bis 1923 Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg und dann wieder 1945 bis 1946 Ministerpräsident des Landes Oldenburg.

² Der Autor ist langjähriges Mitglied der FDP, war landespolitisch als stellvertretender Landesvorsitzender sowie Landesgeschäftsführer der FDP Berlin, als Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, als Staatssekretär in Berlin und Brandenburg tätig und ist aktiver Kommunalpolitiker. So fußen Teile dieses Buches auf teilnehmender Beobachtung. Dass das politische Engagement den distanzierten Blick auf die FDP nicht trübt, mögen die Analysen in diesem Buch bestätigen.

alle Menschen in ihren Genuss kommen, gehört das Engagement für Entrechtete, Bildungslose und Arme zum Liberalismus: Das ist liberale Verantwortung.

In den Text des Buches sind die Ergebnisse der Projektgruppen eingeflossen, die ich im Wintersemester 2003/2004 im Rahmen meines Hauptseminars über „Die FDP: Partei des organisierten Liberalismus?“ an der Universität Potsdam eingesetzt hatte. Es handelte sich um Arbeitsgruppen mit folgenden Themen und Teilnehmern:

- „Die Bundesgeschäftsstelle der FDP“: Carsten Berg, Thomas Beyer, Annika Philipps, Birgit Schulze, Axel Andreas Trapp;
- „Die FDP-Bundestagsfraktion in der 15. Wahlperiode“: Tobias Gierling, Anne Sophie Petersen;
- „Die Sozialstruktur der FDP-Bundestagsfraktion von 1990 bis 2004“: Oliver Höhno, Torsten Stein;
- „Amtsträger – Sozialprofil des Führungspersonals“: Philipp Erbach-Fürstenau, Stefanie Prosche, Lars Siebarth, Johanna Suwelack, André Wilhelmi, Lilien Zeljko;
- „Ausgewählte Parteiprogramme der FDP in historischer Perspektive“: Christoph Borstel, Falk Petereit, Martin Schley und
- „Programmvorstellungen ausgewählter FDP-Politiker“: Ilian Nazkov, Dirk Schröder, Jan-Henning Wedler.

Wo im Text auf Ausarbeitungen dieser Arbeitsgruppen Bezug genommen wird, ist das vermerkt. Ich danke den Kommilitoninnen und Kommilitonen für ihr Engagement.

Im erwähnten Seminar haben der Fraktionsvorsitzende der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, *Martin Lindner* (MdB) und der stellvertretende Bundesvorsitzende, *Andreas Pinkwart* (MdB) mit den Teilnehmern diskutiert. Den Projektgruppen oder dem Autor haben sich der Bundesvorsitzende *Guido Westerwelle* (MdB), der Bundesschatzmeister und Bundeswirtschaftsminister a.D. *Günter Rexrodt* (MdB), die Bundesjustizministerin a.D. *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* (MdB), der Bundesinnenminister a.D. *Gerhart Rudolf Baum*, der Bundesgeschäftsführer *Hans-Jürgen Beerfeltz*, *Jürgen Koppelin* (MdB), der Landesvorsitzende *Markus Löning* (MdB), die Landesvorsitzende und Staatsministerin a.D. *Ruth Wagner* (MdB), der Bürgermeister und Senator a.D. *Wolfgang Lüder*, *Hans-Joachim Otto* (MdB), die Abteilungsleiterin der Bundesgeschäftsstelle *Gabriele Renatus*, der Mitarbeiter der Bundestagsfraktion *Mark Stanitzki* sowie die Landesgeschäftsführer *Knut Wichalski* und *Winfried Soßna* als Interviewpartner zur Verfügung gestellt. Ich danke allen für das Interesse und die geopferte Zeit.

Zur teilweise kritischen Sicht auf die politischen Leistungen des mittlerweile verstorbenen *Günter Rexrodt* hatte ich dessen Repliken interessiert erwartet. Nun bleibt mir, Respekt für einen gesinnungstreuen Liberalen zu bekunden.

Meiner Ehefrau Elke Dittberner danke ich für die Korrekturen am Rohmanuskript. Von Wilfried Fest, dem Historiker und FDP-Kenner, habe ich viele wertvolle Hinweise und Ratschläge erhalten. Auch ihm gilt mein Dank. Schließlich bin ich der Universität Potsdam verpflichtet, deren Ressourcen ich in Anspruch nahm, wenn auch der Zeit gemäß sehr maßvoll und kostengünstig.

Dieses Buch widme ich den Liberalen in der FDP: Ohne sie wäre die Partei so, wie ihre Gegner sie gerne beschreiben.

Berlin und Potsdam, Herbst 2004

Jürgen Dittberner

Vorwort zur 2. Auflage

2009 wurde die FDP Regierungspartei im Bund. Nach dem „rot-grünen Projekt“ unter *Gerhard Schröder* gehörte auch die „große Koalition“ unter *Angela Merkel* der Geschichte an. *Guido Westerwelle* hatte das Ziel seiner Ambitionen erreicht. Er wurde Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland. Elf Jahre hatte für die FDP die Opposition im Deutschen Bundestag gewährt.

Am 27. September 2009 erzielte die FDP mit 14,6% ihr bestes Bundestagswahlergebnis. Mit der CDU/CSU zusammen kam das vielfach totgesagte „bürgerliche Lager“ auf 48,4% der Wählerstimmen. *Angela Merkel* und *Guido Westerwelle* konnten die von ihnen gewünschte Koalition bilden. Die SPD war auf 23% abgestürzt. Zusammen mit der „Linken“ (11,9%) und den Grünen (10,7%) bildete sie nun die Opposition gegen „Schwarz-Gelb“.

Wie war es gekommen, dass die FDP ihr bestes Ergebnis in einer Zeit erzielte, als eine dem „Turboliberalismus“ als Verursacher zugeschriebene Wirtschaftskrise in den Jahren nach 2008 die Welt erschütterte? Wie konnte es geschehen, dass die Partei des Liberalismus zu dieser Zeit im Bund stark wie nie wurde und in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen sowie im Saarland mitregierte?

2002 noch war die FDP belächelt worden mit ihrem „Guidomobil“, ihrem „Projekt 18“ und dem „Kanzlerkandidaten“ *Westerwelle*. 2009 versprachen sich mehr Wähler als je von dieser Partei, die den Liberalismus anpries, dass sie die Wirtschaft in den Griff bekommen würde. Lag das daran, dass der Liberalismus anders als die Sozialdemokratie und der Konservatismus seine „Jungfräulichkeit“ bewahrt hatte und wenigstens in homöopathischen Dosen gegen die Wirtschaftskrise eingesetzt werden sollte? Waren es als Steuersenkungen angekündigte und teilweise sofort nach der Regierungsbildung verteilte „Wahlgeschenke“? Oder traute die Mehrheit der Deutschen in Krisenzeiten dem „bürgerlichen Lager“ einfach mehr zu als rot-grünen, schwarz-roten oder sozial-liberalen Projekten? Schließlich: Kann „Schwarz-Gelb“ die Erwartungen erfüllen, oder wird speziell die FDP dort an ihrer Klientelpolitik scheitern? Und was bedeutet überhaupt der Satz von *Guido Westerwelle*: „Ich möchte eine geistig-politische Wende in Deutschland schaffen.“³

Mit der 2. Auflage meines FDP-Buches will ich versuchen, Antworten auf diese Fragen zu geben. Dazu habe ich den Text der 1. Auflage aktualisiert, korrigiert und da, wo es notwendig erschien, revidiert. Es liegt also eine überarbeitete und aktualisierte Neuauflage vor.

Berlin 2010

Jürgen Dittberner

³ Guido Westerwelle im „Spiegel-Gespräch“: „Ich kann auch anders“; in Der Spiegel, Nr. 6/8.2.2010, S. 27

1 Die FDP im deutschen Parteiensystem

Durch die Universität weht ein Hauch von Kulturrevolution. Am 19. Dezember 1967 findet im Auditorium Maximum der Freien Universität Berlin eine „Diskussionsveranstaltung“ des AStA – des Allgemeinen Studentenausschusses – statt. Der Saal ist gefährlich überfüllt. Auf der Bühne steht ein Tisch, an dem – dichtbedrängt von Teilnehmern der Versammlung – „das Podium“ sitzt. Das Podium besteht aus Studentenfunktionären, die in diesen Tagen Idole der aufgewühlten Jungakademiker sind. Die Stimmung ist antiautoritär; sie drückt sich in Spott, Zynismus und Aggressivität aus gegen alles, was als „etabliert“ gilt. In diesen Hexenkessel hat sich der neu gewählte Regierende Bürgermeister *Klaus Schütz* gewagt.

Endlich darf er reden. Hohn und Wut strömen ihm aus dem Publikum entgegen, und das Präsidium verstärkt dies durch Gesten und Bemerkungen. „Wofür kämpfen die Amerikaner in Vietnam?“, wird der Bürgermeister unter anderem gefragt. Als seine Antworten den Protestlern nicht gefallen, hält einer hinter *Schütz* ein Plakat hoch, auf dem steht:

„Solche Idioten regieren uns. Phrasen dreschen. Knüppel ins Genick, das ist Berliner Schütz-Politik.“

Der Auftritt findet ein vorzeitiges Ende, und später wird der Bürgermeister über seine Erfahrungen zitiert:

„Ihr müsst diesen Typen nur ins Gesicht sehen.“⁴

Bei einer anderen Versammlung dieser Art wird am gleichen Ort ein lokaler FDP-Politiker, *Volker Hucklenbroich*, vorgestellt. Sofort schreibt einer mit Kreide an die Tafel:

„Liberalismus = Faschismus“.

Hucklenbroich kämpft sich durch die „Massen“ zur Tafel hindurch, löscht das Gleichheitszeichen und ersetzt es durch dicke Querstriche. Die Geste imponiert. Zwar bleibt das Misstrauen gegen den „liberalen Scheißer“, doch Zynismus oder Hass gibt es nicht mehr in dieser Versammlung.

Im Audimax der FU war in den wilden sechziger Jahren für einen Moment aufgeblitzt, was Liberalismus sein kann: Courage, Rationalität, Verantwortlichkeit und Freiheit. Das verträgt sich nicht mit Opportunismus, Ideologie, Hysterie und Abhängigkeit. Die FDP hat sich dem Liberalismus verschrieben. Nicht immer ist sie dem damit verbundenen Anspruch gerecht geworden.

Die „Erbsünde“ des organisierten Liberalismus in Deutschland beging die 1918 gegründete und damals so stolze „Deutsche Demokratische Partei“ (DDP) im Jahre 1933.

⁴ Michael Ruetz, „Ihr müsst diesen Typen nur ins Gesicht sehen“ (Klaus Schütz, SPD). APO Berlin 1966-1969. Texte von Tilmann Fichter und Siegwald Lönnendonker, Frankfurt a. Main 1980, S. 78 f

Hatten am Ende des Ersten Weltkrieges Persönlichkeiten wie *Albert Einstein*, *Alfred Weber*, *Hellmut von Gerlach* oder *Rudolf Mosse* zu ihren Gründern gehört, so stimmten am 23. März 1933 ganz im Unterschied zu den Sozialdemokraten mit *Otto Wels* an der Spitze⁵ die 5 verbliebenen Reichstagsabgeordneten der sich nun „Deutsche Staatspartei“ nennenden Organisation – „trotz interner Meinungsverschiedenheiten“⁶ – für das Ermächtigungsgesetz *Adolf Hitlers*. Mit 3 gegen 2 Stimmen hatte sich die Fraktion der Staatspartei für diese Zustimmung entschlossen, weil dadurch

„die Möglichkeit einer gesetzlichen Entwicklung in dieser Zeit des Umsturzes verstärkt werden könne.“⁷

Zu dieser Fraktion gehörten die späteren FDP-Politiker *Theodor Heuss* und *Reinhold Maier*. Zwar hatte *Heuss* in der Fraktion dafür plädiert, an der Seite der Sozialdemokraten mit „Nein“ zu stimmen, fügte sich aber der Mehrheit – zu der *Maier* gehörte – um nicht wiederholt

„den ewigen Zwiespalt der Liberalen“

zu dokumentieren.⁸ Ein viertel Jahr nach dieser Abstimmung zeigte sich, wie irrelevant die Überlegungen innerhalb der Staatspartei gewesen waren: Vor dem Druck der Nazis kapitulierend, löste sich die Deutsche Staatspartei am 28. Juni 1933 auf. *Theodor Heuss* und *Reinhold Maier* brachten nach 1945 ein schweres Erbe in die neu gegründete FDP ein.

In der Folgezeit geschah es immer wieder, dass die FDP gegen Grundsätze des Liberalismus verstieß. 1953 stoppte der Britische Hochkommissar *Sir Ivone Kirkpatrick* das Eindringen ehemaliger Nationalsozialisten in die FDP Nordrhein-Westfalens. Dieser Vorgang ist als „Naumann-Affäre“ in die Parteigeschichte eingegangen, denn zu den Wortführern der in die FDP eingedrungenen Altnazis hatte der letzte Staatssekretär *Josef Goebbels*, *Werner Naumann*, gehört.⁹ Dass späte Anhänger des Nationalsozialismus keine der Freiheit verpflichteten Personen waren, liegt auf der Hand.

2002 wollte die FDP mit einer Strategie der Eigenständigkeit gegenüber den anderen Parteien ihre Wählerschaft auf 18% erhöhen und diente sich dabei vor allem durch gegen Repräsentanten der Juden in Deutschland gerichtete Äußerungen des stellvertretenden Bundesvorsitzenden *Jürgen W. Möllemann* vermuteten Rechtspopulisten an.¹⁰ Die Sache scheiterte, weil die Öffentlichkeit inner- und außerhalb der Partei protestierte, denn zu offensichtlich war es, dass ein auf Vorurteilen und Vertuschungen beruhender Rechtspopulismus sich nicht mit den Maximen der Rationalität und der Freiheit des Liberalismus verträgt.

⁵ Die berühmten Worte von *Otto Wels*, „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“, klingen heute pathetisch. Aber diese Rede und das „Nein“ der Sozialdemokraten zu *Adolf Hitler*, gehören zu den wenigen Ereignissen in der deutschen Geschichte, bei denen Demokraten den Mut aufbrachten, sich gegen Terror und für die Freiheit einzusetzen.

⁶ Beate-Carola Padberg, *Geschichte des deutschen Liberalismus*, Königswinter 1988, S. 135

⁷ Werner Stephan, *Aufstieg und Verfall des Linkliberalismus 1918 - 1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, Göttingen 1973, S. 490

⁸ ebenda

⁹ Jürgen Dittberner, *FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktion im Parteiensystem der Bundesrepublik*, Opladen 1987, S. 31ff

¹⁰ Tobias Kaufmann/Manja Orłowski (Hg.), „Ich würde mich auch wehren...“. Antisemitismus und Israel-Kritik – Bestandsaufnahme nach Möllemann, Potsdam 2002

Es gab auch Sternstunden des Liberalismus für die FDP. Eine ereignete sich am 7. November 1962, als der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, *Wolfgang Döring*, in der Debatte über die „Spiegel“-Affäre den inhaftierten *Rudolf Augstein* leidenschaftlich gegen Bundeskanzler *Konrad Adenauer* verteidigte und dabei ein beeindruckendes Plädoyer für den Rechtsstaat hielt. Ebenso war es ein Höhepunkt, als im Oktober 1971 *Karl-Hermann Flach* auf dem Bundesparteitag in Freiburg mit überwältigender Mehrheit zum ersten Generalsekretär der FDP gewählt wurde. *Flach* hatte vor allem in Kooperation mit *Werner Maihofer* der seit 1969 mit der SPD regierenden FDP eine neue programmatische Ausrichtung als liberales Korrektiv an der Seite der SPD gegeben:

„Die Frage nach der Zukunft der Freiheit, nach den Chancen des Liberalismus, bleibt gestellt. Es ist die Frage nach der Zukunft einer menschenwürdigen Gesellschaft.“¹¹

Flach hatte zur inneren Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft beigetragen und damit eine neue „Chance“ der FDP herbeigeführt.

Mitte der neunziger Jahre hielt sich in der FDP trotz des Drängens des großen Koalitionspartners CDU/CSU lange Zeit die Haltung, es sei liberale Politik, das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung auch gegen Bedürfnisse von Strafverfolgungsbehörden zu verteidigen. So fasste der Bundesparteitag gleich zweimal den Beschluss, dass es mit der FDP keinen „Großen Lauschangriff“ geben könne. Auch die Justizministerin der FDP, *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*, hatte diese Auffassung. Die Parteiführung jedoch geriet unter Druck. Die Union machte ihr klar, dass der Lauschangriff notfalls mit der SPD beschlossen werden könnte. Mit einem Mitgliederentscheid schien sich aus der Not eine Tugend machen zu lassen. Eine Abstimmung unter den Mitgliedern hob die Sperrungen der Parteitage auf: Von den 43,09% der FDP-Mitglieder, die sich daran beteiligt hatten, stimmten 63,6% für den Großen Lauschangriff. Die Bundesministerin trat zurück. Dass die „eigenen Parteifreunde“ den Abgang von Frau *Leutheusser-Schnarrenberger* „besorgten“, dürfte kein Kunstfehler der FDP-Führung gewesen sein – wie Stefan Schieren vermutet¹² –, sondern ein durchaus einkalkulierter Nebeneffekt der gesamten Operation. Die Koalition war gerettet, eine sperrige Ministerin aus dem Amt, und das Gesetz konnte erarbeitet werden. Eine inhaltlich und moralisch lange und ernsthaft entwickelte politische Position der repräsentativen Parteiorganisation war durch eine quantitative Aktion einer zufälligen Minderheit der FDP-Mitglieder fortgespült geworden. Aus einer Missachtung der Ethik des Liberalismus durch die Parteiführung war mit dem Rücktritt der Justizministerin jedoch jene aufrecht-liberale Haltung erkennbar geworden, die trotz vieler gegenteiligen Entwicklungen in der Partei bei einzelnen ihrer Persönlichkeiten immer wieder aufblitzt.

Vielleicht hat die FDP seit 1949 als einzige der damals im Bundestag vertretenen kleinen Parteien entgegen den Prophezeiungen vieler Analytiker deshalb überlebt, weil einzelne ihrer Mitglieder oft im Unterschied zu ihrer Partei im Alltag konsequent-liberales Verhalten zeigten. Dass der FDP das oft prophezeite „Sterbeglöcklein“ doch nicht geläutet hat, folgt aus der Tatsache, dass es in der deutschen Gesellschaft eine liberale politische Kultur gibt – unabhängig davon, wie der jeweilige Zustand des organisierten Liberalismus sein mag.

¹¹ Karl-Hermann Flach, *Noch eine Chance für die Liberalen*. Eine Streitschrift, Frankfurt a.M. 1971, S. 7

¹² Stefan Schieren, *Parteiinterne Mitgliederbefragungen: Ausstieg aus der Professionalität? Die Beispiele der SPD auf der Bundesebene und in Bremen sowie der Bundes-F.D.P.*; in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 27. Jg. (1996), S. 214 ff

Der Liberalismus ist ein Kind der Aufklärung und war die politische Bewegung der Industrialisierung. Seine Parole war die Freiheit. Das revolutionäre Bürgertum wollte Freiheit von klerikalen Bevormundungen und feudalen Begrenzungen. Die Freiheit des Geistes ermöglichte die Emanzipation der positiven Wissenschaften. Diese wiederum waren die Auslöser der industriellen Revolution, die der Freiheit des Marktes und des Vertrages bedurfte, um die an der Maschine orientierten Arbeitsverhältnisse und großflächige Handelssysteme zu ermöglichen. Solche Freiheiten konnte der Nationalstaat organisieren, insbesondere dann, wenn er von einem den Einfluss des Bürgertums sichernden repräsentativen System getragen wurde. Die Einheit Deutschlands und das parlamentarische System waren daher die frühen Forderungen des Liberalismus. Selbst in der parteiischen Diktion des Kommunistischen Manifestes gibt es über die historische Rolle des Bürgertums keinen Zweifel:

„Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose 'bare Zahlung'. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt.“¹³

Mit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts hatte sich die industrielle Produktion durchgesetzt, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges waren die Reste der alten Feudalherrschaften aufgelöst, und nach dem Inferno der Nazis ist 1990 die deutsche Einheit wieder hergestellt. Welche Ziele gibt es noch für Liberale? Trotz aller Kritik im Einzelnen ist das parlamentarische System allgemein anerkannt. Also, sagen viele, habe der Liberalismus seine historische Aufgabe erfüllt. Liberale Werte vertreten mittlerweile alle Parteien – von der Union bis zur PDS. Wozu bedürfe es noch einer liberalen Organisation, heißt es im Hinblick auf die FDP. Liberalismus sei der ewige Drang nach Freiheit, lautet die Antwort. Das bleibe unter wechselnden Umständen aktuell. Die alltäglichen Forderungen, die sich aus dem Liberalismus ergeben, würden sich mit der Zeit wandeln.

2009 hat die FDP ihr bestes Bundestagswahlergebnis erreicht. Das geschah in einer Zeit, die geprägt war von Medien-Berichten über eine weltweite Wirtschaftskrise. Als Verursacher dieser Krise wurde allgemein ein weltweit operierender Liberalismus angesehen. Dass gerade zu dieser Zeit die FDP so viel Zulauf hatte, verwunderte die Öffentlichkeit. Und nirgendwo war auch nur von Ferne und leise das „Sterbeglöcklein“ zu hören.

1.1 Liberalismus und aktuelle Zielsetzungen

Es versteht sich, dass die FDP als Partei die Auffassung von der ewigen Aktualität des Liberalismus vertritt. Das entbindet sie nicht von der Aufgabe, die sich aus dem liberalen Credo ableitenden Forderungen zu definieren und ihre Politik daran zu orientieren. Diese Aufgabe zu meistern, ist der FDP in der deutschen Nachkriegsgeschichte unterschiedlich überzeugend gelungen.

¹³ Karl Marx/Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest. Eine moderne Edition, Hamburg/Berlin 1999, S. 46

In der Einleitung des Parteiprogramms Wiesbadener Grundsätze von 1997 heißt es: Auch in der liberalen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sei

„die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit.“¹⁴

Mit einer Beteiligung an der Bundesregierung, einem Vizekanzler und Außenminister, einem Wirtschafts- und einem Justizminister hatte die FDP in der Regierung unter *Helmut Kohl* jedoch weder die Arbeitslosigkeit noch die Ausweitung der allgemeinen Bürokratie verhindern können. Der Widerspruch zwischen liberalen Forderungen und politischer Praxis war offensichtlich. 1998 wurde die aus diesem Grunde in eine Existenzkrise geratene FDP in die Opposition gewählt, von der aus sie mit dem Projekt 18¹⁵ einen später eingestanden Irrweg beschritt. Die FDP besann sich auf ihre alte Rolle als Juniorpartner der Union, und nach 11 Jahren in der Opposition kam die Partei wieder an der Seite der CDU/CSU – diesmal unter *Angela Merkel* – in die Bundesregierung. Wieder stellte sie den Vizekanzler, den Außen-, den Wirtschaftsminister, die Justizministerin und zusätzlich den Gesundheitsminister.

Dass liberale Forderungen mittlerweile auch von anderen Parteien vertreten wurden, schadete der FDP am Ende nicht. Seit sie 1983 mit bunter Szenerie in den Deutschen Bundestag einzogen,¹⁶ machen die „Grünen“ der FDP besonders bei der Verteidigung liberaler Bürgerrechte Konkurrenz. Aber die FDP hat sich behauptet.

Dennoch: Eine permanente Gratwanderung der FDP zwischen großem politischen Einfluss auf allen Ebenen und akuter Existenzgefährdung hängt offensichtlich mit ihrer Glaubwürdigkeit zusammen: Je nachdem, ob und wie weit die FDP sich auf der Höhe aktueller liberaler Forderungen befindet, ist sie gesichert oder gefährdet.

In der Gründungsphase der Bundesrepublik konkretisierte sich die Idee der Freiheit bei der FDP in den Zielen der Marktwirtschaft, der nationalen Einheit und der Trennung von Religion und Politik. Für diese Ziele fanden sich genügend große Teile des Bürgertums, um die Existenz einer eigenständigen bürgerlichen Partei neben der Sammlung der Union zu ermöglichen:

- In der noch nicht säkularisierten Nachkriegsgesellschaft hatten die Kirchen und Konfessionen nach dem Niedergang des Nationalsozialismus großen Einfluss auf die Öffentlichkeit, und so war die Haltung zum Christentum ein Politikum. Vielen bürgerlichen Politikern schien das alte „Zentrum“ als Partei des politischen Katholizismus zu eng, daher entwickelten sich mit der CDU und der CSU überkonfessionelle christliche Parteien. Dazu bemerkte *Konrad Adenauer*:

„Es verbreitete sich die Überzeugung, dass nur eine große Partei, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung, in den Grundsätzen der christlichen Ethik ihr Fundament hatte, die

¹⁴ Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft. Beschlossen auf dem 48. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP am 24. Mai 1997 in Wiesbaden, Vorwort

¹⁵ Fritz Goergen, Projekt 18. Der Erfolg und seine Kinder und ihr Erfolg; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. November 2002, S. 8

¹⁶ Hubert Kleinert, Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei, Bonn 1992, S. 37

notwendige erzieherische Aufgabe am deutschen Volk erfüllen, seinen Wiederaufstieg herbeiführen und einen festen Damm gegenüber der kommunistischen atheistischen Diktatur errichten könnte.“¹⁷

Insbesondere die sich aus diesem Anspruch herleitende kirchliche Beeinflussung des Schulwesens stieß auf großen Widerstand liberaler bürgerlicher Kreise. Im Parlamentarischen Rat wandte sich die FDP um *Theodor Heuss* mit großem Nachdruck

„gegen die Aufsplitterung in Konfessionsschulen“.¹⁸

Der Klerikalismus der Union wirkte als Katalysator des Liberalismus. Das ist eine der Wurzeln der FDP.

- Die künftige Wirtschaftsverfassung war das zentrale Streitthema im Nachkriegsdeutschland. Angesichts der Not und des Mangels an Lebensnotwendigem wie Nahrung, Wohnung und Kleidung lag es für viele nahe, den Aufbau mittels staatlicher Lenkung voranzutreiben. Die SPD und große Teile der Union sahen das so. Über alle regionalen Differenzierungen hinweg war die FDP die einzige Partei, die demgegenüber stets für eine klare marktwirtschaftliche Politik plädierte. Selbst die mit dem Namen des ersten Bundeswirtschaftsministers *Ludwig Erhard*¹⁹ verbundene „soziale Marktwirtschaft“ war vielen in der FDP zu dirigistisch ausgerichtet.
- National, an der deutschen Einheit ausgerichtet, war auch die Politik des Wiedergründers der SPD in den Westzonen, *Kurt Schumacher*, den sein Biograph, Peter Merseburger, als „schwarzrotgoldenen Republikaner“ bezeichnete.²⁰ Wie die FDP hegte er die Befürchtung, die CDU und *Konrad Adenauer* wollten oberflächlicher Wiedervereinigungsrhetorik zum Trotz mit ihrer Politik der Westintegration die deutsche Einheit abschreiben und einen Rheinbundstaat etablieren. Im Unterschied zur SPD jedoch war die nationale Ausrichtung der FDP in einigen Regionen mehr braun als schwarz-rotgold gefärbt.

Marktwirtschaft, Antiklerikalismus und immer wieder durchbrechender Nationalismus erschienen während der fünfziger Jahre als der Liberalismus der FDP. Die soziale Ausrichtung der Marktwirtschaft verstanden die Verantwortlichen der Partei als Beeinträchtigung der reinen Lehre. Die Gewerkschaften, die SPD und die Sozialausschüsse der Union waren in ihren Augen Gegner der Marktwirtschaft und daher politisch zu bekämpfen. Der erste Justizminister der Bundesrepublik, *Thomas Dehler*, war ein radikaler Kritiker des Mitbestimmungsgesetzes für die Montanindustrie aus dem Jahre 1951, dessen Zustandekommen er mit der Streikdrohung der Gewerkschaften erklärte, was er als „brutale Rechtlosigkeit“ und „Machtpolitik aus Übermut“ bezeichnete und wofür *Dehler* die Verantwortlichen „des Zuchthauses würdig“ hielt. Dahinter stand eine Überzeugung, die der Minister 1950 in einem Brief an den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Nürnberg formulierte:

¹⁷ Konrad Adenauer, *Erinnerungen. 1945 - 1953*, Stuttgart 1956, S. 46

¹⁸ Wolfram Dorn/Harald Hoffmann (Hg.), *Geschichte des deutschen Liberalismus*, 2. erweiterte Auflage, Bonn 1966, S. 139

¹⁹ Volker Hentschel, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München und Landsberg am Lech 1996

²⁰ Peter Merseburger, *Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie*, Stuttgart 1995, S. 102ff

„Es kann in den Fragen der wirtschaftlichen Verantwortung und Entscheidung keine Mitbestimmung des Betriebsrates oder gar der Gewerkschaften geben, wenn wir nicht das Wesen der Marktwirtschaft verfälschen lassen wollen.“²¹

Moderater artikuliert sich der Antiklerikalismus der FDP. Die Kirchen wurden als wichtige Institutionen – nach dem Niedergang des Nationalsozialismus durchaus sinngebend – geachtet. Aber in Abgrenzung zur Union verfocht die FDP eine laizistische Position. Streitpunkt im Parlamentarischen Rat war die mögliche Anerkennung des Reichskonkordats von 1933 zwischen Deutschland und dem Vatikan. Nach der Einschätzung von *Hermann Höpker-Aschoff*, der 1948 dem Gründungsparteitag der FDP über die Arbeit der FDP in dem verfassungsberatenden Gremium berichtete, war dieses Konkordat von *Hitler* abgeschlossen worden, um seinem Regime außenpolitisches Renommee zu verschaffen und in der Absicht, es nicht einzuhalten. Nun aber drohte von diesem Konkordat aus der Sicht der FDP Gefahr:

„Hätten wir uns dazu verstanden, dass auch dieses Reichskonkordat anerkannt worden wäre, so wäre damit die konfessionelle Schule anerkannt worden, denn das Reichskonkordat postuliert die konfessionelle Schule herunter bis zur Volksschule. Wir haben ausführen müssen, dass wir dieses Konkordat ... unter gar keinen Umständen anerkennen können. Es wurde dann ein Zusatzantrag angenommen, dass nur die zwischen Ländern und Kirchen abgeschlossenen Konkordate anerkannt werden...“²²

Damit wurde der konfessionelle Konflikt zwischen den bürgerlichen Parteien in die Länder verlagert, wo er in einigen Fällen während der fünfziger Jahre verbissen ausgetragen wurde. Die laizistische Linie markierte damals die Grenze zum Unionslager und war ein Pfeiler der Eigenständigkeit der FDP. 2009 gründete sich in der Bundestagsfraktion eine Gruppe „Christen in der FDP-Bundestagsfraktion“.²³ Die politische Relevanz des Konfessionalismus war in Deutschland so weit zurück gegangen, dass die christliche Ausrichtung eines Teils der FDP sich in den allgemeinen innerparteilichen Pluralismus einfügte.

²¹ Udo Wengst, Thomas Dehler. 1897 - 1967. Eine politische Biographie, München 1997, S. 188

²² Hermann Höpker-Aschoff, *Werk und Wirken* in Bonn. Aus der Rede über die F.D.P.-Arbeit im Parlamentarischen Rat beim F.D.P.-Gründungsparteitag am 11. Dezember 1948 in Heppenheim; in: Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei (Hg.), *Zeugnisse liberaler Politik. 25 Jahre F.D.P. (1948 –1973)*, S. 29

²³ http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show-article.php/-c-1305/_ur-66/-p-1/i.html vom 4.12.09: „21 liberale Abgeordnete haben jetzt die Gruppe „Christen in der FDP-Bundestagsfraktion“ gegründet. Der Zusammenschluss soll eine neue Plattform bieten, um einen intensiven Dialog über liberale Politik und christliche Werteorientierung zu führen. Aber auch nach außen wollen die Abgeordneten ein deutliches Zeichen setzen: Dass sich Liberalismus und Christentum nicht ausschließen, sondern sinnvoll ergänzen. „Für uns ist es wichtig, dass wir auf der Grundlage unserer gemeinsamen christlichen und politischen Überzeugungen aktuelle Probleme und grundsätzliche Fragestellungen diskutieren, um so auch Impulse für die Diskussionen innerhalb der Fraktion zu geben“, erklärten der Koordinator der Gruppe, *Patrick Meinhardt*, und seine Stellvertreterin *Mechthild Dyckmans*. Viele Fraktionsmitglieder engagieren sich seit Jahren in ihrer Kirche und ihren Gemeinden und nehmen auch im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit regelmäßig an den Treffen des Gebetsfrühstückskreises oder den Morgenandachten im Bundestag teil. Das Engagement von Abgeordneten der FDP-Bundestagsfraktion im kirchlichen Bereich und ihr öffentliches Bekenntnis zum eigenen Glauben sind eine wichtige Ergänzung im Werteprofil der FDP.

Der neuen Gruppe gehören an: *Jens Ackermann, Angelika Brunkhorst, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Edmund Peter Geisen, Christel Happach-Kasan, Peter Haustein, Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Michael Link, Patrick Meinhardt, Burkhardt Müller-Sönksen, Carl-Ludwig Thiele, Gisela Piltz, Frank Schäffler, Hermann Otto Solms, Volker Wissing und Hartfrid Wolff*.“

Die nationale Artikulation des Liberalismus schwankte zwischen dem Gedanken einer rechten „Sammlungsbewegung“²⁴ und einer auf die deutsche Einheit zielenden patriotische Politik. Mit einer Sammlungsbewegung sollten am und jenseits des rechten Randes stehende Wähler für die Demokratie gewonnen werden. Die patriotische Einheitspolitik entwickelte sich aus dem Misstrauen gegen *Adenauers* Westintegration. Ein früher Verfechter der Sammlungspolitik war der Hesse *August Martin Euler*, der 1948 über die in seinem Land als „LDP“ firmierende liberale Partei schrieb, die LDP sei die „entschiedene Gegnerin jeder Art von Kollektivismus und Sozialismus“, also

„seit 2 Jahren im neuen Parteiensystem die Rechtspartei. Wenn von manchen Seiten heute eine Rechtspartei gefordert wird, so lässt sich dem gegenüber nur sagen: Öffnen Sie die verschlafenen Augen, die Rechtspartei ist schon lange da.“²⁵

Über die gesamte Geschichte der FDP hinweg traten immer wieder Protagonisten auf, um die Idee der Sammlungsbewegung umzusetzen. So gibt es eine Linie von *August Martin Euler* bis hin zu *Jürgen W. Möllemann*, der 2003 im Zorn der Scheidung von seiner „liberalen Familie“ formulierte.

„Der Begriff ‚Rechtspopulismus‘ – wie der Begriff ‚rechts‘ überhaupt – ist ein Kampfbegriff aus dem Arsenal linker Fundamentalisten. Für diese Leute beginnt der Unmensch knapp rechts von der Mitte.“²⁶

Stil und Sprache entsprechen jeweils der Zeit – die Grundidee, dass auf der rechten Seite ein großes Wählerpotential auf Ansprache wartet, taucht in der FDP immer wieder auf. Sie findet innerparteilich stets Widerstand und konnte sich niemals als Generallinie durchsetzen. Das war bei der patriotischen Einheitspolitik anders. Unter *Thomas Dehler* kämpfte die FDP gegen die Europäisierung des Saargebietes und für dessen Vereinigung mit Deutschland. Die „neue Ostpolitik“ der FDP zwischen 1966 und 1972 stand in dieser Tradition. Sie beschleunigte die Entfremdung von der Union und eine Annäherung an die SPD bis zur sozial-liberalen Koalition. Deren Entspannungspolitik war aus der Sicht der FDP deutsche Vereinigungspolitik, wie *Walter Scheel* bei seiner Antrittsrede als Bundesvorsitzender 1968 in Freiburg ausführte, denn

„von vornherein kamen wir in die paradoxe Lage, nach Westen die Integration zu suchen und gleichzeitig nach Osten die nationalstaatliche Restauration. Das ließ sich nicht vereinen. Beides zusammengenommen bedeutete den Misserfolg beider Politiken. Das neue Wort für unsere neue Lage heißt: Entspannung. Wir begrüßen die Entspannung.“²⁷

Diese Entspannungspolitik wurde ungeachtet ihres patriotischen Gehalts von rechten Sammlungspolitikern der FDP bekämpft, am Ende vergebens. Als *Hans-Dietrich Genscher* am 31. September 1989 den in die Prager Botschaft eingedrungenen DDR-Flüchtlingen

²⁴ s. Dieter Hein, *Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei. 1945 - 1949*, Düsseldorf 1985

²⁵ a.a.O., S. 64

²⁶ Jürgen W. Möllemann, *Klartext. Für Deutschland*, München 2003, S. 220 f

²⁷ Walter Scheel, *Antrittsrede als Parteivorsitzender der FDP am 31. Januar 1968 in Freiburg*; in: Clemens Heitmann, *FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972*, Königswinter 1989, S. 195

mitteilen konnte, dass die DRR ihrer Ausreise zustimmte, hatte sich die Entspannungs- und patriotische Einheitspolitik erfüllt. Ein Ziel des Liberalismus war erreicht. In der Freude darüber erkannte in der FDP wohl niemand, dass dies die Partei in eine Krise stürzen würde, die sie bald nach der Wiedervereinigung erfassen sollte.

Als die FDP 2009 endlich in die Bundesregierung zurück kehrte, war zu spüren, dass die Fortsetzung der alten Entspannungspolitik im wiedervereinigten Deutschland der Partei schwer fiel. Der neue Außenminister *Guido Westerwelle* versuchte es mit Gesten an Polen wie dem ersten Besuch dort, aber wie sich das einfügen würde in die mittlerweile festgefügteten Regeln der vergrößerten Europäischen Union, blieb unklar.

1.2 Die FDP und die anderen Parteien

Die nationale Zielsetzung der sich auf den Liberalismus berufenden Partei hatte ihren politischen Hintergrund verloren. Seit dem Erfolg der Wirtschaftspolitik *Ludwig Erhards*, des „Vaters des Wirtschaftswunders“, und seit der Reform der SPD Ende der fünfziger Jahre herrschte über die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik darüber hinaus Konsens. Die fortschreitende Säkularisierung der westdeutschen Gesellschaft schließlich ließ die alte – am Klerikalismus verlaufende – Konfliktlinie der FDP zur Union verblassen. Verstärkt wurde dieser Vorgang durch die Wiedervereinigung, als die weitgehend areligiöse Gesellschaft der DDR zu Bundesrepublik hinzu kam.

Der Prozess des Verlustes aktueller politischer Zielsetzungen bestimmte zunehmend das Verhältnis der FDP zu den beiden Hauptparteien CDU/CSU sowie SPD, die sich nach 1945 etabliert hatten. Im Kampf für eine marktwirtschaftliche Grundordnung in der Gründungs- und Anfangsphase der Bundesrepublik war die FDP der heftigste Gegner der SPD und umgekehrt. Mit dem Godesberger Programm von 1959 mutierten die Sozialdemokraten zu Befürwortern der Marktwirtschaft.²⁸ Zwar war es nicht die primäre Intention der Reformer der SPD, diese der FDP anzunähern, wohl aber sollte das Modell „Volkspartei CDU/CSU“ kopiert werden. Damit schufen die Sozialdemokraten auf ihrem Godesberger Parteitag – sicher unbeabsichtigt – eine Basis für die 1969 gebildete sozial-liberale Koalition.

Mehr noch als die klerikale war es die nationale Frage, die zur Entfremdung zwischen CDU/CSU und FDP geführt hatte: Der Streit um den Status der Saar Mitte der fünfziger Jahre blieb ein lagerinterner Streit, denn trotz aller bitteren Worte gehörten Union und Liberale zum „bürgerlichen“ Lager, dem die Sozialdemokraten entgegen standen. Im Streit mit der CDU und dem alten ideologischen Gegensatz zur SPD träumte sich die FDP in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre mit der Vision von der dritten Kraft auf gleiche Augenhöhe mit den Großparteien. Diese Vision erwies sich jedoch als Illusion.

Der Lagerwechsel begann in den sechziger Jahren, gegen Ende der „Ära *Adenauer*“ sowie unter den Kanzlerschaften von *Ludwig Erhard* und *Kurt-Georg Kiesinger*. In der Wiederauflage des Bündnisses mit der Union von 1961 bis 1966 vollzog sich in wirtschafts- und deutschlandpolitischen Fragen die Entfremdung zwischen den „bürgerlichen“ Parteien. In der Zeit der Großen Koalition dann mutierte die FDP zur Partei eines sozialen Liberalismus. In der sozialen Reform des Kapitalismus hatte die Partei im Gefolge der Studentenbewegung eine neue, der Zeit gemäße, Zielvorstellung des Liberalismus entwi-

²⁸ Jürgen Dittberner, Zur Entwicklung des Parteiensystems zwischen 1949 und 1961; in Dietrich Staritz, Das Parteiensystem der Bundesrepublik. 2. Auflage, Opladen 1980, S. 129ff

ckelt. Zusammen mit der Ostpolitik, die auf der patriotischen Tradition wurzelte, hatten sich hier 2 Felder für die Frei- und Sozialdemokraten aufgetan. Nachdem jedoch die Union die Ergebnisse der Ostpolitik akzeptiert hatte und in der deutschen Gesellschaft das Reformklima vergangen war, gab es nicht mehr genügend Gemeinsamkeiten mit der SPD, so dass die FDP 1982 mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums wieder zur Union wechselte.

Die Wende zurück zur Union und der Einstieg in die „Ära Kohl“ war kaum noch von aktuellen Zielsetzungen des Liberalismus getragen. Die sozial-liberale Linie war diskreditiert, die Säkularisierung weit fortgeschritten, der patriotische Nationalismus hatte die „neue Ostpolitik“ generell etabliert, und die Marktwirtschaft galt trotz erster Friktionen als einzig denkbare Wirtschaftsordnung. Was die FDP nunmehr an die Union band, war der Machterhalt. In der Ära Kohl überlebte die FDP als Funktionspartei, als Mehrheitsbeschafferin. Dabei war sie fester an die Union gebunden als je, denn seit 1983 hatte die liberale Partei in den „Grünen“ Konkurrenz – wenn auch im anderen Lager und zunächst nur potentiell – erhalten. Der deutschlandpolitische „Genscher-Effekt“ mit den guten Wahlergebnissen 1990 für die FDP in den neuen Bundesländern wirkte ab Mitte der neunziger Jahre nicht mehr. Im Osten geriet die FDP als resoluteste Verfechterin der Marktwirtschaft angesichts steigender Arbeitslosigkeit ins Abseits. Die Abwahl des auch von der FDP getragenen „Systems Kohl“ von der Macht 1998 brachte die Partei in eine Orientierungskrise.

Den Ausweg aus der Krise schienen zunächst *Jürgen W. Möllemann* und *Guido Westerwelle* mit dem Projekt 18 zu weisen. Keine inhaltliche liberale Zielsetzung, sondern das durch die Ziffern „18“ markierte Organisationsziel sollte der Partei Zulauf sichern. Dabei wurde übersehen, dass neuerliche Wahlerfolge in den Jahren 2000 und 2001 auf die infolge ihres Finanzskandals schwächelnde Union zurückzuführen waren: Noch in der Opposition erschien die FDP den Wählern als Appendix des bürgerlichen Lagers. Die Bundestagswahlen 2002 hatten die Illusion von der „Partei des ganzen Volkes“ erwiesen. Die FDP hatte erfahren müssen, dass sie in einer anderen Liga spielte als die Großparteien, zu denen sie die „gleiche Augenhöhe“ nicht erreichen konnte. Konkurrent in ihrer Klasse waren die Grünen. Viele FDP-Politiker sehen seither in den Grünen ihren Hauptgegner.

Mit der Umwelt- und ab 2005 wieder der Friedenspolitik haben die Grünen ihnen gemäße Zielsetzungen entwickelt. Die FDP versuchte indessen, den Liberalismus mit Begriffen wie „Bürgergesellschaft“ und „Eigenverantwortung“ aktuell zu operationalisieren. Die Zeit von 2002 bis 2009 war für die FDP nach dem verworfenen Projekt 18 eine Phase des Suchens nach einer akzeptablen Aktualisierung des Liberalismus.

Neben den Grünen mit ihren Zielen befand sich die FDP in Konkurrenz zur SPD beim Thema „soziale Gerechtigkeit“ und zur Union, deren politischer Anspruch um den Komplex „Sicherheit“ kreiste. Wer in einem Nationalstaat, dessen Handlungsgrenzen immer deutlicher werden, für Eigenverantwortung und Bürgergesellschaft eintritt, nimmt eine intellektuell aufklärerische, aber organisatorisch gefährliche Position ein. So notwendig es gewesen ist, das soziale Netz der deutschen Gesellschaft weiter zu spannen, so unpopulär war es, diese Botschaft unters Volk zu bringen. Die FDP kann im Nachhinein froh sein, dass „Rot-Grün“ ihr mit den „Hartz-Reformen“ dies abgenommen hat. Eine Partei, die sich dem Liberalismus verpflichtet fühlt, hätte derartiges ohne tiefgehende soziale Konflikte wohl nicht leisten können:

„Man denke, eine Koalition aus Union und FDP hätte die Agenda 2010 gemacht. SPD und DGB hätten die Gesetze im Bundestag und auf den Straßen mit wildem Furor als abgrundtief unsozial bekämpft.

Man denke, eine Koalition aus Union und FDP hätte deutsche Soldaten in die Kriege im Kosovo und in Afghanistan geschickt. Die Grünen hätten eine neue Friedensbewegung auf die Beine gestellt.

Man denke, eine Koalition aus Union und FDP hätte Otto Schilys Sicherheitsgesetze gemacht. Teile der SPD und die Grünen hätten schrill das Lied vom Ende der Freiheit gesungen.“²⁹

Viele Mandatsträger der FDP sagten am Ende der „Ära Kohl“, ihre Partei hätte das beste aller Parteiprogramme, nur würde das in der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen. Besonders stolz waren die Mitglieder auf die Wiesbadener Grundsätze³⁰ von 1997.

In seiner deklamatorischen Art schwebte dieses Programm jedoch über den Niederungen des politischen Alltags. Die „4 Fundamente des modernen Liberalismus“ – „Verantwortung“, „Vielfalt“, „Fortschritt“ und „Zukunftsverträglichkeit“ – sollten das begründen, was die Partei „die liberale Bürgergesellschaft“ und „das Prinzip Verantwortung für die nächsten Generationen“ nannte. Die „Fundamente des modernen Liberalismus“ wurden auf einem unsicheren Grund errichtet, so dass nicht nachgeprüft werden konnte, ob das entworfene Gebäude des Liberalismus überhaupt standfest war. So wurde in dem „Fundamente“-Kapitel geklagt, die Politik habe „ein Trugbild gezeichnet, wonach der Staat Freiheit und Sicherheit in allen Lebenslagen garantieren könne.“ Nirgendwo jedoch fand sich ein Hinweis auf einen Beleg für diese Behauptung. Wenn es an anderer Stelle hieß: „Gegen alle Zukunftsangst setzen Liberale die Zuversicht, durch Wandel neue Möglichkeiten zu eröffnen“, so drängte sich der Verdacht auf, dass es Ende der neunziger Jahre allenfalls die Stammwählerschaft von 3 Prozent waren, die diese Zuversicht der liberalen Partei teilten: Die Zukunftsängste trieben der CDU/CSU und der PDS damals die Wähler zu. Schwer verständlich war ebenfalls, warum das Programm auf der einen Seite den Abbau von Regelungen, Bürokratien und das Zurückdrängen des Staates zugunsten der Freiheit der Bürger postulierte, zugleich aber Forderungen aufnahm wie: Alle politischen Entscheidungen müssten einer Zukunftsverträglichkeitsprüfung unterworfen werden. Sollte das ohne bürokratische Strukturen erreicht werden? Überraschend waren auch Forderungen nach einem „Zuwanderungskontrollgesetz“ oder nach Aufnahme eines Artikels in das Grundgesetz, der die „Neuverschuldung“ des Staates verbieten sollte. In diesen Formulierungen kamen Widersprüchlichkeiten zum Ausdruck, die darin bestanden, dass die FDP sich nach 1982 zu einer pragmatischen Partei entwickelt hatte, aber nicht Abschied nehmen mochte von der Vorstellung, unter der Fahne eines idealistischen Ziels – des „Liberalismus“ – zu streiten.

Mit dem Begriff von der „liberalen Bürgergesellschaft“, die keine Funktionärs- und auch keine „Staatskundengesellschaft“, sondern eine „Teilhabergesellschaft“ sei, versuchte die Partei seinerzeit, ihren Mandatsträgern eine neue Begrifflichkeit an die Hand zu geben. Doch diese Begriffe blieben blass. Sie reihten sich in die Inflation der Worthülsen moderner Werbestrategen ein. Viele Fragen taten sich auf, wenn es hieß: „Marktwirtschaft vermittelt Chancen auf Teilhabe. Wer nicht teilhaben kann, ist nicht frei.“ In einer Marktwirt-

²⁹ Matthias Geyer / Dirk Kurbjuweit, Nachwort; in: Matthias Geyer / Dirk Kurbjuweit / Cordt Schnibben, *Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteurers*, Hamburg 2005, S. 335

³⁰ Wiesbadener Grundsätze, a.a.O.

schaft, die seit Jahren nicht von der Massenarbeitslosigkeit wegkam bei gleichzeitig explodierenden Unternehmensgewinnen, klang der als Freiheitsargument gemeinte Satz „Wer nicht teilhaben kann, ist nicht frei“ im politischen Alltag damals zynisch. Zweideutig war auch eine Formulierung wie: „Nicht der Staat gewährt den Bürgern Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit.“ Diese Aussage klang wie eine Rechtfertigung für die Entscheidungen der FDP beim Großen Lauschangriff und bei der Einschränkung des Asylrechts, als dem Staat die Einschränkung von Bürgerrechten gewährt wurde.

Die Wiesbadener Formulierungen zeigten, dass es für die FDP schwierig geworden war, ein visionäres Programm zu formulieren, das von einer Kritik an den von der Partei selber mit geschaffenen Zuständen ausgehen musste. Zwar versuchte die FDP, sich in den Wiesbadener Grundsätzen zu immunisieren, indem sie erklärte: „Auch wir haben zu oft mitgemacht bei der Gefälligkeitspolitik.“ Aber Strahlkraft für die Visionen konnte durch Selbstkritik nicht erreicht werden. Das galt für die „Bürgergesellschaft“ ebenso wie für den neu in den liberalen Themenkanon aufgenommenen Bereich „Verantwortung für die nächsten Generationen“. Wie im übrigen fast immer bei Parteiprogrammen waren Wähler mit solchen Proklamationen kaum zu gewinnen. Das ließ sich auch aus der Tatsache ablesen, dass es zu dieser Zeit die Union war, die einen Zulauf junger Bürger hatte, obwohl die FDP das Generationenthema durch ihren damaligen Generalsekretär *Guido Westerwelle* personalisierte.

Dass Funktionäre der FDP beklagten, ihr „gutes“ Programm würde in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen, dokumentierte einen gewissen Realitätsverlust in den Führungsetagen der Partei. Dort hätte man wissen sollen, dass die Partei mit der zu dieser Zeit längsten Regierungsbeteiligung in der Bundesrepublik praktische Politikvorschläge machen musste statt Visionen zu entwickeln, deren Verbindlichkeit man der Partei nicht abnahm. Zumindest kam es in der öffentlichen Auseinandersetzung auf das Programm nicht an, solange dadurch kein Politikwechsel erkennbar wurde. Das politische Personal war im wesentlichen geblieben, und es fanden sich außerhalb der Partei keine Gruppierungen und Kreise, welche die Ideen des Programms aufnahmen oder sich gar darin wiederfanden. Im Unterschied zu den Wiesbadener Grundsätzen waren die Freiburger Thesen³¹ ein Text gewesen, der in linksintellektuellen Kreisen jener Zeit gelesen und heiß diskutiert wurde. Die Grundsätze aus der hessischen Landeshauptstadt wurden nirgendwo diskutiert. Sie schwebten frei über dem politischen Alltag der FDP. So gesehen waren die Wiesbadener Grundsätze auch nicht die Schrift, mit der nach der 1998 verlorenen Macht neue politische Betätigungsfelder hätten erschlossen werden können.

Das erklärt, warum die 1998 gemeinsam mit der Union und der PDS in die Opposition gedrängte FDP ihr an sich ambitioniertes Programm unbeachtet ließ und ihr Glück mit einer Event-Politik und Personalisierung suchte. Nachdem das Projekt 18 und die Kanzlerkandidatur *Guido Westerwelles* 2002 nicht den gewünschten Aufschwung gebracht hatten, fand die FDP nicht zu einer programmatischen Renaissance. Sie ließ sich von den Medien und Wählern einordnen in das alte „bürgerliche Lager“ mit der Union. Mit ihrer Funktion dort vermochte sie allerdings Wählerstimmen zur Sicherung der Existenz zu gewinnen. Der Vorsitzende der FDP sprach weiterhin davon, dass seine Partei sich auf „gleicher Augenhöhe“ mit den Großparteien – die ihrerseits dahin zu schmelzen begannen – befände. Der

³¹ Karl-Hermann Flach/Werner Maihofer/Walter Scheel, Die Freiburger Thesen der Liberalen, Reinbek bei Hamburg 1972

Unterschied zwischen diesem Traum und der parteiensoziologischen Wirklichkeit blieb jedoch trotzdem evident. Auch 2009 – nach ihrem größten Triumph – war die FDP nicht zur SPD und erst recht nicht zur CDU/CSU aufgerückt. Sie spielte nach wie vor in der gleichen Liga wie die Grünen und die Linkspartei.

Die FDP musste 11 Jahre warten, bis sie 2009 wieder in die Bundesregierung kam. 2002 war das Projekt 18 schief gegangen. 2005 deutete sich wieder die bürgerliche Lagerbildung an, jedoch patzte die Union bei der Bundestagswahl, so dass es für „Schwarz-Gelb“ nicht reichte und die „große“ Koalition zwischen Union und SPD das rot-grüne Projekt ablöste.³²

Durch den Wandel der Gesellschaft von industriell zu postindustriell mit flüchtigen und erodierenden Sozialmilieus ist das deutsche Parteiensystem seit den sechziger Jahren in ein Umfeld gelangt, das die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien erschwert. Für den Zustand des Parteiensystems lässt sich das mit Oskar Niedermayers 5 Kriterien messen: „die Fragmentierung, die Asymmetrie, die Volatilität, die Polarisierung und die Segmentierung.“³³

1. Die Fragmentierung – also Zersplitterung – des Systems schritt nach 1998 voran. Im Bundestag waren – die CSU eingerechnet – 6 Parteien vertreten. Die PDS schied 2002 aus, kehrte aber als Linkspartei wieder, so dass sich die Fragmentierung fortsetzt
2. Eine Asymmetrie des Parteiensystems konnte zum Zeitpunkt der Wahl 1998 nicht festgestellt werden: Gemeint ist die mögliche strukturelle Übermacht einer Hauptpartei über die andere. Zwar lässt sich besonders ab 2003 ein wachsendes Übergewicht der Union gegenüber der SPD beobachten, jedoch schien dem der unerwartete Sieg der SPD bei der Bundestagswahl 2002 entgegen zu stehen. Der Abfall der SPD 2009 jedoch beförderte die Asymmetrie, zumal die Grünen durch ihre Koalition mit der CDU in Hamburg und die „Ampel“ an der Saar Absetzbewegungen vom rot-grünen Lager machten.
3. Die Volatilität – „das Ausmaß an Veränderungen der Größenverhältnisse zwischen den Parteien von einer Wahl zur nächsten“³⁴ – soll ein Indikator sein für den Wandel des Systems. Im Hinblick auf die Abwahl der christlich-liberalen Koalition 1998, den Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 und den Erfolgen der PDS nach 1990 und vor allem der gesamtdeutsch agierenden Linkspartei ab 2005 ist die Volatilität groß
4. Das deutsche Parteiensystem weist eine moderate Polarisierung auf. Systemopponentelle Parteien wie die rechtsextremen NPD oder DVU sind nicht im Bundestag vertreten, die „ideologische Distanz zwischen den systembejahenden Parteien“³⁵ ist gering – am stärksten noch ausgeprägt bei der FDP gegenüber der Linkspartei.
5. Eine Tendenz zur Segmentierung, also „Abschottung der Parteien untereinander“³⁶, wird immer wieder beklagt. 2005 war die FDP neben der Linkspartei die am stärksten segmentierte, aber also solche auch erfolgreiche, Partei.

³² Jürgen Dittberner, Große Koalition – kleine Schritte, Politische Kultur in Deutschland, Berlin 2006

³³ Oskar Niedermayer, Die Bundestagswahl 1998: Ausnahmewahl oder Ausdruck langfristiger Entwicklungen der Parteien und des Parteiensystems?; in: ders. (Hg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999, S. 20

³⁴ ebenda

³⁵ ebenda

³⁶ ebenda

Die Stellung der FDP in diesem Parteiensystem ist gekennzeichnet dadurch, dass sie

- ihre Monopolstellung als Mehrheitsbeschaffer für eine der beiden Großparteien verloren hat,
- trotz hoher Gewinne 2009 Kleinpartei bleibt und objektiv dem Unionslager näher steht als anderen,
- mit hohen Schwankungen beim Wählerzulauf lebt,
- gegen ihren Hauptkonkurrenten – die Grünen – stärker polarisiert als das die bisherigen Großparteien untereinander tun und
- sich damit abschottet gegen das rot-grüne Lager. Die Ampel im Saarland könnte so gesehen ein Signal sein für eine mögliche Neuorientierung der FDP insgesamt.

Die FDP steht nach den Erfolgen von 2009 vor der Wahl: Soll sie sich absichern als Funktionspartei, die der Union die Macht und sich selber einen Anteil daran sichert, oder will sie liberale Programmpartei sein? Mit ihrem Eintritt in die Bundesregierung im Jahre 2009 hatte die FDP beide Optionen: Das Schicksal der Regierung *Merkel/Westerwelle* hängt davon ab, ob die FDP sich in diesem Bündnis als Steuersenkungspartei verifiziert oder ob sie sich von der Union dazu gebrauchen lässt, ihr nur die Macht zu sichern.

Wenn die FDP als Programmpartei dauerhaft akzeptiert werden will, wird sie gegen viele Vorurteile ankämpfen müssen: Am 20. Juni 2002 wurde von der Zeitschrift „Berliner Republik“ im Maritim-Hotel in der Berliner Friedrichstraße eine Podiumsdiskussion zum Thema „Frei und demokratisch – was ist heute liberal?“ veranstaltet. Auf dem Podium saßen unter anderen die ehemaligen Bundesminister *Gerhart Rudolf Baum* von der FDP und *Volker Hauff* von der SPD. Beide erinnern sich gerne an die sozial-liberale Zeit. Dabei waren auch *Jan Ross*, der Hauptstadtkorrespondent der „Zeit“ und ein Bezirksvorsitzender aus der Berliner FDP. Im Publikum saßen Studenten der Politikwissenschaft, ehemalige und aktuelle Mitglieder und Funktionsträger der FDP, Journalisten und Sozialdemokraten. Die Diskussion spitzte sich schnell auf die damaligen rechtspopulistischen Ausfälle *Jürgen W. Möllemanns* zu. *Hauff* und *Ross* warfen den FDP-Mitgliedern vor, *Möllemanns* Entgleisungen hätten mit der liberalen Ideologie zu tun, weil diese Beliebigkeit zulasse. Dem widersprachen die FDP-Mitglieder. Liberal zu sein bedeute, den rationalen Diskurs zu suchen und habe mit Demokratie und Parlamentarismus zu tun. Das vertrage sich nicht mit Rechtspopulismus und Antisemitismus. Schweigend lauschte das sozial-liberale Publikum diesen Worten. Überzeugt davon waren die wenigsten.

In solchen Situationen drängt sich Beobachtern die Erwartung auf, dass die Zukunftschancen der FDP eher in ihrem Organisationsegoismus liegen als in ihrem programmatischen Anspruch. Die Mitglieder der Parteiführung jedoch wollen davon nichts wissen. Sie hängen einer „Strömungslehre“ an. Danach gebe es 3 Grundströmungen in der deutschen Gesellschaft: die konservative, die soziale und die liberale. Am 5. April 2003 präsentierte der Fraktionsvorsitzende der FPD-Bundestagsfraktion, *Wolfgang Gerhardt*, vor einem Landesparteitag der Berliner FDP sein dem entsprechendes Bild von der Parteienlandschaft: Die SPD sei erstarrt als Partei der Besitzer kleiner Privilegien, sie brauche ein „zweites Godesberg“. Die Union sei eine Volkspartei, ein „Omnibus, in dem alles drin ist.“

Die FDP dagegen sei die einzige Partei gegen Steuererhöhungen und trete für jenen „Neoliberalismus“ ein, den die Gesellschaft so sehr brauche.³⁷

Bei dieser Sicht ist bemerkenswert, dass dem direkten Konkurrenten der FDP, den Grünen, keine Strömung als Basis zugesprochen wird. Erstaunlich ist, dass gerade diese FDP 2009 – im Jahre einer Krise der liberalen Marktwirtschaft – ihr bestes Wahlergebnis erzielt hatte.

Es scheint mithin so zu sein: Als – programmatisch durchaus ambitionierte – Funktionspartei wird die FDP fortbestehen: Das ist die Lehre aus der Bundestagswahl 2009. Als reine Programmpartei ohne erkennbare Funktion im Parteiensystem jedoch würde die FDP untergehen: Das ist die Lehre aus der Parteigeschichte der FDP bis 2009.

³⁷ Eigene Aufzeichnungen

2 Phasen³⁸

Die Vorgeschichte der FDP ist eine Geschichte ständiger Neuformierungen und Spaltungen des organisierten Liberalismus. Den nach 1945 bei der Neugestaltung des politischen Lebens aktiven Persönlichkeiten standen 2 liberale Niedergänge vor Augen:

- Die linksliberale „Deutsche Staatspartei“ (DSP) hatte sich 1930 aus der einstigen „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP) formiert und war 1933 nur noch als Splitterpartei mit 5 Abgeordneten im Reichstag. Dort konnte sie sich nicht zu einem klaren Veto gegen die Nazis durchringen.³⁹
- Die national-liberale „Deutsche Volkspartei“ (DVP) hatte sich kurz vor ihrem Untergang noch vergeblich bei den Nazis anzubiedern versucht.⁴⁰

Der Einfluss der nach der Reichsgründung 1871 starken Nationalliberalen war in den folgenden 52 Jahren ebenso dahingeschmolzen wie derjenige der DDP nach 1918 – als diese zusammen mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum eine der Säulen der Weimarer Republik war. In guter Erinnerung dessen schlugen nach 1945 viele sich liberal empfindende Menschen ihren Weg in die SPD oder in die Union ein.

Abwanderung Liberaler zu anderen Parteien waren schon vorher zu beobachten. *Rudolf Breitscheid* war bereits 1907 von der aus der linksliberalen „Deutschen Freisinnigen Partei“ (DFP) hervorgegangenen „Demokratischen Vereinigung“ in die SPD gewechselt. 1945 dann ging *Ernst Lemmer* – einst DDP-Politiker – zur Union, weil er glaubte, so sein altes Konzept der Sammlung aller politischen Kräfte „rechts von der SPD“ verwirklichen zu können. In diese Tradition fügte sich später der einstige Generalsekretär der FDP *Günter Verheugen* ein, der nach der Wende 1982 zur SPD wechselte und dort eine Karriere bis zum Kommissar der Europäischen Union in Brüssel machte (s. Kurzbiografien).

2.1 Gründung – eine regionale Umschau⁴¹

Die Gründung der FDP vollzog sich von „unten nach oben“. Das lag einerseits an der Lizenzierungspolitik der Alliierten, andererseits am schrittweisen Aufbau des Gemeinwesens von den Kommunen über die Länder bis schließlich zur Bundesrepublik. In den verschie-

³⁸ Zur Geschichte der FDP bis 1983: Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1987 und Udo Leuschner, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus; in: <http://uleuschner.bei.t-online.de/liberalismus/fdp.htm>

³⁹ Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973

⁴⁰ Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970

⁴¹ Zu diesem Kapitel s. besonders: Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945 - 1949, Bonn 1985

denen Regionen Deutschlands bewirkten unterschiedliche parteipolitische Traditionen und differierende Sozialmilieus eine Vielfalt des organisierten Liberalismus. Die Geschichte der späteren Bundespartei ist auch dadurch geprägt, dass in ihr darum gerungen wurde, diese Vielfalt in die Partei zu integrieren. Nicht immer ist das gelungen.

Nach dem Niedergang der liberalen Parteien in der Weimarer Republik und der nach 1945 schon weit über liberale Kreise hinaus erfolgten Verbreitung liberaler Prinzipien wie Rechtsstaat, Parlamentarismus und Marktwirtschaft war es nicht verwunderlich, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Diskussion darüber geführt wurde, ob eine liberale Partei überhaupt benötigt würde. Die dennoch diese Partei gründeten, sahen den bevorstehenden Erfolg der Union nicht voraus und meinten, aus einer sich „liberal“ definierenden Partei könnte eine bürgerliche Sammlung gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten werden. Dies war auch die Absicht des späteren Vorsitzenden der FDP und Bundespräsidenten, *Theodor Heuss*. Als DDP-Politiker hatte *Heuss* zu den Anhängern *Friedrich Naumanns*⁴² gezählt, der – aus der christlich-sozialen Bewegung kommend – vor dem Ersten Weltkrieg versucht hatte, durch eine Politik der sozialen Reformen die Arbeiterschaft mit den liberalen Teilen des Bürgertums zu versöhnen. Obwohl *Friedrich Naumann* kurz vor seinem Tode 1919 zum ersten Parteivorsitzenden der DDP gewählt worden war, blieb sein Einfluss auf die praktische Politik seiner Partei gering. Der DDP gelang kein Einbruch in die Arbeiterwählerschaft. Bei der Wiedergründung liberaler Parteiorganisationen nach 1945 spielten die Ideen *Friedrich Naumanns* dann jedoch eine große Rolle. In Süddeutschland wurden sie durch *Theodor Heuss* vermittelt und stießen dort auf eine lebendige liberale Parteitradition, die der „Demokratischen Volkspartei“ (DVP). Deren Reaktivierung war in Südwestdeutschland für viele Liberale eine Selbstverständlichkeit. Die „Volkspartei“ war am Dreikönigstag 1866 in Württemberg als moderne Parteiorganisation gegründet worden – mit Ortsverbänden, Mitgliederbeiträgen, Delegiertenversammlungen, Vorstand, Satzung und Programm. Die Partei wurde in die DDP eingegliedert. Auch der Landesverband der FDP Baden-Württemberg bekennt sich zu dieser Tradition: Alljährlich findet in Stuttgart das bundesweit beachtete „Dreikönigstreffen“ der FDP als politischer Jahresauftakt statt. Und in der Internetpräsentation des Landesverbandes heißt es: „Die Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei (FDP/DVP), Landesverband Baden-Württemberg, ist ein rechtlich selbständiges Glied der Freien Demokratischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland.“⁴³

Neben *Theodor Heuss* waren *Wolfgang Haussmann* und *Reinhold Maier* die herausragenden Politiker der am 14. Dezember 1945 für das damalige Württemberg-Baden zugelassenen DVP. Der eigenständige Weg gegenüber der auch hier entstehenden CDU wird vor allem mit ihrem Konfessionalismus begründet. Die Volkspartei schien tatsächlich führende Kraft in Württemberg-Baden zu werden. Die amerikanische Besatzungsmacht ernannte *Reinhold Maier* im August 1945 zum Ministerpräsidenten. Bei der Landtagswahl im November 1946 erzielte die DVP einen Stimmenanteil von etwa 20%. Die liberale Tradition in Schwaben ließ Stuttgart zu einem der Zentren bei den Neugründungen liberaler Parteiorganisationen werden.

In den französisch besetzten Gebieten Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern scheiterten Pläne für eine bürgerliche Sammelpartei ebenfalls. Die „Demokratische Partei“

⁴² Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), *Friedrich Naumann. „Dass wir selber frei zu werden suchen, soviel uns immer möglich ist“*, Sankt Augustin 2001

⁴³ <http://www.fdp2001.de/politisch.php3>

(DP) in Freiburg und die „Demokratische Volkspartei“, beide 1946 gegründet, wurden Vorläuferorganisationen der FDP. Parallel waren auch in dieser Region christlich-demokratische Parteiorganisationen entstanden.

Wie im Südwesten war auch in den Hansestädten linksliberale Tradition mit der Idee einer bürgerlichen Sammlungsbewegung verbunden. In Hamburg ging die am 20. September 1945 gegründete „Partei Freier Demokraten“ auf Betreiben des CDU-Politikers *Paul de Chapeaurouge* mit der dort auf den politischen Katholizismus begrenzten „Christlich-Demokratischen Partei“ ein Bündnis ein, das sich „Vaterländischer Bund Hamburg“ (VBH) nannte. Bei den Wahlen 1949 konnte dieser Bund mit 34,5% der Wählerstimmen die Vorherrschaft der SPD an der Elbe nicht brechen. Vier Jahre später jedoch gelang das einem „Hamburg-Block“, der sich aus CDU, FDP und „Deutscher Partei“ (DP) zusammensetzte. Als die Hamburger FDP nach den Bürgerschaftswahlen vom 23. September 2001 mit ihren 5,1% der Wählerstimmen eine Koalition mit der CDU und der rechtspopulistischen „Schill-Partei“ einging, knüpfte sie an eine eigene hanseatische Tradition an.

Kompliziert war die Entwicklung in Bremen. In dem Stadtstaat, der eine amerikanische Enklave innerhalb der britischen Zone war, entstand im Oktober 1945 die „Bremer Demokratische Volkspartei“ (BDV) als bürgerliche Einheitspartei. Jedoch nahmen bald nach der Gründung dieser Partei frühere Zentrumsmitglieder Kontakte zu den Christdemokraten der britischen Zone auf und betrieben den Anschluss der BDV an die Union. Dies misslang. Daraufhin schieden etliche Mitglieder aus der BDV aus und gründeten im Juni 1946 die CDU in Bremen. Daraufhin begriff sich die BDV als Teil der liberalen Organisation in der amerikanischen Zone und schloss sich im März 1947 deren Dachorganisation, der „Demokratischen Volkspartei“ (DVP), an. Im Juni 1946 wurde in Bremen daneben eine dezidiert linksliberale Partei zugelassen, die sich FDP nannte und sich den Liberalen in der britischen Zone – besonders Niedersachsens – zugehörig fühlte. Bei der Bürgerschaftswahl im Oktober 1947 erhielt die BDV im Wahlbereich Bremen 15 Mandate. In Bremerhaven errang die FDP 2 Sitze. Diese liberalen Abgeordneten bildeten in der Bürgerschaft eine gemeinsame Fraktion. Erst Ende 1952 wurde die BDV in FDP umbenannt als Anpassung an die Bundespartei FDP.

In Bayern waren die liberalen Parteigründungen weniger resonanzreich als in anderen Regionen. Die dort im Mai 1946 lizenzierte „Freie Demokratische Partei“ erreichte bei den Landtagswahlen desselben Jahres 5,7% der Wählerstimmen. Repräsentanten waren die vormaligen DDP-Politiker aus Franken, *Fritz Linnert* und *Thomas Dehler* – der erste Justizminister der Bundesrepublik. Die kritischen Töne gerade *Thomas Dehlers* gegen Repräsentanten der Katholischen Kirche trafen in Bayern auf keine besondere Sympathie.

Den Gegenpol zu den mehr an die DDP anknüpfenden Neugründungen in Süddeutschland und in den Hansestädten bildete vor allem die „Liberal-Demokratische Partei“ (LPD) in Hessen, die sich als antisozialistische bürgerliche Sammlung auch rechts von der in Frankfurt eher links auftretenden CDU verstand. Weder der Vorsitzende, *August Martin Euler*, noch der Generalsekretär der LDP, *Viktor-Emanuel Preusker*, waren in der Weimarer Republik parteipolitisch aktiv gewesen. Dank ihrer Resonanz in den ländlichen Gebieten erhielt diese Partei bei den Landtagswahlen im Dezember 1946 fast 16% der Wählerstimmen.

Ebenfalls national-liberal orientiert waren Parteigründungen in Nordrhein-Westfalen, dem neu geschaffenen deutschen Land. Gerade hier, in der Hochburg der CDU, entstanden liberale Parteiorganisationen in Opposition zur christlichen Sammlungspartei. In Nord-

rhein-Westfalen waren die organisierten Liberalen gleichermaßen antisozialdemokratisch und antiklerikal. Die führende Persönlichkeit des Landesverbandes Rheinland war der Verleger *Friedrich Middelhauve*. Ihm zur Seite standen der Bankkaufmann *Franz Blücher*, der ehemalige preußische Minister *Herman Höpker-Aschoff* und als „junger Mann“ *Erich Mende*. Vorsitzender des Landesverbandes Westfalen wurde *Gustav Altenhain*. Als Jungdemokratenführer wirkte hier *Willi Weyer*. Als im Mai 1947 der Landesverband Nordrhein-Westfalen der FDP gegründet wurde, war *Middelhauve* unumstritten Vorsitzender. Die Verankerung der Liberalen in der Bevölkerung war zunächst nicht besonders tief: Bei den Landtagswahlen 1947 rangierte die FDP noch hinter den Kommunisten und hinter dem Zentrum. Sie erzielte 6% der Stimmen.

Auch in den übrigen Ländern bildeten sich – unterschiedlich ausgerichtet nach regionaler Tradition und politischer Richtung – liberale Parteiorganisationen unter den verschiedensten Namen. In Niedersachsen beispielsweise entwickelten sich ausgesprochene Hochburgen der Liberalen wie in Oldenburg, Ostfriesland und Göttingen. Diesen standen dezidiert „liberalfeindliche“ Gebiete gegenüber wie etwa das katholische Emsland.

Auf dem Gebiet des späteren Bundeslandes Rheinland-Pfalz wurden 2 liberale Parteien lizenziert. Im Mai 1946 entstand der „Soziale Volksbund“ (SV) für Hessen-Pfalz. Vorausgegangene Einigungsbemühungen zwischen dem liberalen und dem katholischen Bürgertum waren gescheitert. Der SV breitete sich im Spätsommer auch in der Vorderpfalz aus. In Trier jedoch wurde die „Liberale Partei“ (LP) des Rheinlandes aus der Taufe gehoben. Diese unterhielt im Unterschied zum SV gute Beziehungen zu den übrigen liberalen Parteiorganisationen in Deutschland und schickte sich an, auch in der Pfalz Fuß zu fassen. Durch ein Fusionsabkommen wurde die Konkurrenz der beiden Parteien im April 1947 beendet. SV und LP gingen in der „Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz“ auf. Im April 1948 fand der erste Landesparteitag dieser Organisation statt.

Ebenso wie bei CDU und SPD hatte sich bei den Liberalen in Berlin sehr früh eine Parteiorganisation gebildet, die einen gesamtdeutschen Führungsanspruch für das Reich hatte. Die ehemaligen DDP-Minister *Wilhelm Külz* und *Eugen Schiffer* gründeten am 16. Juni 1945 die „Deutsche Demokratische Partei“ wieder. Deren Name wurde jedoch danach in „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands“ (LDP) geändert. In ihrem Gründungsauftrug sprach sich diese Partei für eine strikt marktwirtschaftliche Ordnung aus.

„Die Erhaltung ... des Privateigentums und der freien Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung.“⁴⁴

Obwohl durch die sowjetische Lizenzierungspolitik frühzeitig aufgestellt, konnte die LDP ihren Führungsanspruch in den Westzonen nicht durchsetzen. Es erging ihr dabei ebenso wie den Berliner Initiativen der SPD und der CDU. Das hatte zu tun mit vielerorts bestehenden Ressentiments „gegen Berlin“ und Zentralismus. Entscheidend für die Abweisung der LDP war jedoch, dass diese sich der am 14. Juli 1945 gegründeten „Einheitsfront der antifaschistischen demokratischen Parteien“ angeschlossen hatte. Dieser Zusammenschluss von KPD, SPD, CDU und LDP – dem sich letztere wohl gar nicht hätte entziehen können – war von den Sowjets forciert worden. Auch war die Unterstützung der von ihnen rasch zugelassenen Parteien durch die Sowjets offensichtlich: So konnte sich die LDP mit der Zeitschrift „Der Morgen“ ein Parteiorgan zulegen, und im April 1946 hatte sie schon

⁴⁴ Walter Tornim, *Geschichte der deutschen Parteien seit 1848*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, S. 249